

## Beschluss (vorläufig) 10. Gelebte Vielfalt – Gelingende Integration

Gremium:	Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum:	06.12.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 10 Vielfalt, Akzeptanz und Antidiskriminierung – Integration – Religion und Weltanschauung

### Text

1 Der größte Reichtum unseres Landes sind die vielen unterschiedlichen Menschen,  
2 die bei uns leben. Wir GRÜNE verstehen Vielfalt als einen Wert: Die Menschen,  
3 die zu uns kommen, bereichern unsere Gesellschaft.

4 Für uns GRÜNE steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt.  
5 Egal, wo jemand herkommt oder hinwill – alle gehören dazu, verdienen Respekt,  
6 Teilhabe und Unterstützung. Von Anfang an sollen alle Menschen bei uns Fuß  
7 fassen können und ein sicheres Zuhause finden. Ein friedliches Zusammenleben  
8 aller braucht gegenseitige Anerkennung, Gleichberechtigung und  
9 Chancengleichheit. Dafür ist die Sprache ein wichtiger Schlüssel. Deshalb haben  
10 wir bereits das Deutschkurs-System neu konzipiert und werden es mit einem  
11 Zentrum für Sprachmittlung weiter stärken und aufbauen.

12 Aktiv gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit

13 Leider werden auch bei uns immer noch viele Menschen abgewertet und ausgegrenzt.  
14 Diskriminierung hat viele Gesichter, darunter Rassismus, Antisemitismus,  
15 Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Sexismus, aber auch Abwertung aufgrund der  
16 sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Auch werden Menschen  
17 aufgrund ihres Alters, ihrer Religion, Behinderungen, chronischen Erkrankungen  
18 oder sozialem Status abgewertet, ausgegrenzt, benachteiligt oder gedemütigt.

19 Diskriminierung ist eine gesellschaftliche Realität und schließt keinen  
20 Lebensbereich aus. Ideologien der Ungleichwertigkeit, Hass und Hetze werden  
21 bewusst zur Legitimierung von Gewalt genutzt und können letztlich zu  
22 rassistischen und rechts motivierten Gewalttaten führen. Deshalb ist es unsere  
23 gemeinsame Aufgabe, dem entgegenzutreten und allen Menschen die gleichen  
24 Freiheiten, Sicherheiten und Chancen zu garantieren.

25 Mit der Landesantidiskriminierungsstelle haben wir dafür gesorgt, dass von  
26 Ausgrenzung betroffene Menschen Hilfe erfahren. Wir haben das Angebot einer  
27 kostenlosen rechtlichen Erstberatung eingerichtet. Mit der Strategie Vielfalt  
28 der Landesregierung wurde eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten auf den Weg  
29 gebracht, um systematisch Vielfalt positiv zu gestalten und Diskriminierung zu  
30 bekämpfen. Beispielsweise konnte mit einer Plakatkampagne die Vielfältigkeit von  
31 Familien verdeutlicht werden.

32 Eine Politik der Vielfalt muss schnell erkennen können, wenn sich Bürger\*innen  
33 ausgeschlossen oder diskriminiert fühlen. Wir GRÜNE setzen uns für einen  
34 merkmalsübergreifenden, institutionenübergreifenden und partizipativen Ansatz  
35 ein. Wir möchten die intersektionale Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu  
36 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell fördern, um  
37 damit präventive Ansätze zu stärken. Um die Chancengleichheit nachhaltig zu  
38 stärken, brauchen wir den Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen

39 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und eine gute Zusammenarbeit mit der  
40 Zivilgesellschaft. Auf grüne Initiative hin wurde in der laufenden Wahlperiode  
41 ein Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit  
42 entwickelt.

43 Mit uns werden Chancengleichheit und Vielfalt Gesetz

44 Rheinland-Pfalz braucht ein starkes Landesantidiskriminierungsgesetz zum Ausbau  
45 dauerhafter Strukturen. Mit einem Landesgesetz für Chancengleichheit und  
46 Vielfalt wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Diskriminierung  
47 durch Behörden und Verwaltung abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von  
48 Vielfalt zu stärken. Dieses Antidiskriminierungsgesetz des Landes soll Lücken  
49 der bisherigen gesetzlichen Regeln schließen und einzelnen Personen oder  
50 Verbänden ermöglichen, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Wir wollen  
51 weiter eine rechtliche Ausgestaltung durch eine Prozessbeistandshilfe, eine  
52 Erleichterung bei der Beweislast wie auch eine Verfristung von Ansprüchen  
53 frühestens nach einem Jahr vor. Das Gesetz soll Bereiche regeln, in denen das  
54 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes bislang nicht vor  
55 Diskriminierung schützt. Die Landesantidiskriminierungsstelle wollen wir  
56 gesetzlich verankern und mit den zusätzlich erforderlichen finanziellen und  
57 personellen Mitteln ausstatten.

58 Mit dem neuen Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt wollen wir das  
59 Diversity Mainstreaming als Prinzip der Landesverwaltung verankern und Diversity  
60 Management zu einer staatlichen Pflichtaufgabe machen. Rheinland-Pfalz als Land  
61 der Vielfalt zu entwickeln ist eine Daueraufgabe, die viele Bereiche des  
62 staatlichen Handelns betrifft. Das gilt beispielsweise für die Kitas, Schulen  
63 und Hochschulen unseres Landes. Den zahlreichen zivilgesellschaftlichen  
64 Initiativen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, werden wir  
65 weiterhin unterstützend zur Seite stehen und ihre sinnvollen Projekte fördern.

66 Integration leben: Zuflucht bieten & Zusammenhalt schaffen

67 Rheinland-Pfalz ist ein Einwanderungsland. Jede und jeder Vierte in Rheinland-  
68 Pfalz hat eine Migrationsgeschichte. Wir wollen unsere Gesellschaft  
69 interkulturell öffnen mit dem Ziel, allen neu zugewanderten und schon länger  
70 hier lebenden Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir stehen für  
71 eine offene Gesellschaft, die Verantwortung übernimmt für die Menschen, die  
72 Zuflucht suchen und unseren Schutz brauchen.

73 Menschen Schutz und Zuflucht bieten

74 Menschen fliehen aus vielen Teilen der Welt zu uns, weil sie sich in ihrer  
75 Heimat nicht mehr sicher fühlen. Weil dort Krieg herrscht oder weil sie dort  
76 aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung  
77 verfolgt werden. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen.  
78 Außerdem fliehen immer mehr Menschen aufgrund der zunehmenden Auswirkungen der  
79 Klimakatastrophe und der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen.

80 Wir GRÜNE möchten auch künftig all den Initiativen, Verbänden, NGOs, Vereinen  
81 und Flüchtlingshelfer\*innen zur Seite stehen, die sich für eine  
82 menschenrechtliche und solidarische Asylpolitik in Rheinland-Pfalz einsetzen.

83 Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm aufsetzen, um regelmäßig mehr  
84 schutzbedürftige Menschen aufnehmen zu können – zum Beispiel aus den überfüllten

85 griechischen Flüchtlingslagern oder aus den Erstzufluchtsstaaten. Das Programm  
86 soll sich in erster Linie an besonders verletzte und schutzbedürftige  
87 Personen richten. Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, die  
88 Rechtsgrundlagen für die Aufnahmeprogramme der Länder zu verbessern.

89 Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Deshalb unterstützen wir  
90 GRÜNE die Seenotrettungsorganisationen. Das Engagement ehrenamtlicher  
91 Retter\*innen darf nicht kriminalisiert werden. Die vielen rheinland-pfälzischen  
92 Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende (u.a. die  
93 Initiative „Sichere Häfen“) aufzunehmen, wollen wir auch künftig unterstützen.  
94 Wir begrüßen, dass in Rheinland-Pfalz viele Städte sowie Landkreise und  
95 Gemeinden ihre Bereitschaft erklärt haben, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als  
96 ihnen regulär zugewiesen werden.

97 Eine gute und angemessene Unterbringung und Versorgung der Menschen in den  
98 Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) des Landes ist für uns GRÜNE ein  
99 zentrales Anliegen. Wir verpflichten uns dazu, den guten Standard bei der  
100 Unterbringung, Versorgung und Begleitung in der Erstaufnahme von Geflüchteten  
101 weiterhin bestmöglich zu gewährleisten. Wir möchten aber noch weitergehen –  
102 beispielsweise mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel für die Sozialdienste  
103 und mit einer unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung. Für uns ist eine gute  
104 psychosoziale Versorgungsstruktur für die oftmals traumatisierten Menschen  
105 essenziell, deswegen wollen wir drei zusätzliche psychosoziale Zentren in  
106 Rheinland-Pfalz aufbauen. Besonders schutzbedürftige Personen müssen weiterhin  
107 im Rahmen der Erstaufnahme gezielt in Obhut genommen werden. Wir wollen an  
108 unserem Konzept zum Gewaltschutz und zur Identifikation von besonders  
109 schutzbedürftigen Personen in den Einrichtungen der Erstaufnahme in Rheinland-  
110 Pfalz festhalten und es weiter ausbauen. Wir möchten ein systematisches  
111 Screening-Verfahren einrichten, mit dem besondere Schutzbedürftigkeit wie  
112 Traumatisierungen oder psychische Belastungsstörungen bei ankommenden  
113 Geflüchteten schnell und zuverlässig erkannt werden. Wir wollen ein unabhängiges  
114 Beschwerdemanagement für die Bewohnerinnen und Bewohner der  
115 Erstaufnahmeeinrichtungen einführen. Für Kinder und Jugendliche im  
116 schulpflichtigen Alter in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes muss auch die  
117 Schulpflicht gelten. Wenn die Schulpflicht aus den Aufnahmeeinrichtungen heraus  
118 nicht realisiert werden kann, müssen Familien mit schulpflichtigen Kindern den  
119 Kommunen zugewiesen werden. An allen Standorten müssen weiterhin Deutschkurse  
120 angeboten werden.

121 Außerdem wollen wir Empfehlungen für Standards für kommunale Unterkünfte  
122 erstellen. Die dezentrale Unterbringung vor Ort muss konsequent gefördert  
123 werden, auch die eigenständige Wohnsitznahme durch private Anmietungen –  
124 besonders bei der Familienzusammenführung. Eine allgemeine Wohnsitzauflage  
125 lehnen wir ab.

126 In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung das Asylrecht massiv  
127 verschärft, beispielsweise durch die Pflicht, länger in den zentralen  
128 Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Auch wurde es leichter, kranke Menschen  
129 abzuschleppen. Wir GRÜNE nehmen es nicht hin, dass humanitäre Standards immer  
130 weiter heruntergefahren werden und kämpfen weiter in Rheinland-Pfalz und  
131 bundesweit für eine humane Flüchtlingspolitik. Dafür werden wir weiterhin die  
132 Spielräume in der Landespolitik ausschöpfen. Die mit dem Asyl-Pakt der  
133 Europäischen Kommission geplanten Verschärfungen des Asylrechts lehnen wir ab.

134 Unser Schwerpunkt liegt ganz klar auf freiwilliger Rückkehr. Darüber hinaus gilt  
135 für uns der Grundsatz, Abschiebehaft zu vermeiden. Für den Fall der  
136 Abschiebehaft wollen wir mit einem eigenen Abschiebehaftvollzugsgesetz Standards  
137 für die untergebrachten Menschen definieren. An der Härtefallkommission des  
138 Landes halten wir fest.

139 Aus unserer Sicht müssen die Gründe für die Anerkennung Geflüchteter individuell  
140 geprüft werden. Deshalb lehnen wir eine weitere Ausweitung des Katalogs so  
141 genannter „sicherer Herkunftsstaaten“ ab. Gerade für Minderheiten wie Roma,  
142 LSBTTIQ\*, aber auch Frauen, Oppositionelle, Journalist\*innen oder  
143 Menschenrechtsaktivist\*innen sind viele Länder oft nicht sicher. Für subsidiär  
144 geschützte Geflüchtete darf es keine Antragspflicht für Pässe in der Botschaft  
145 des Herkunftslandes geben.

146 Aus humanitären Gründen ist es nicht vertretbar, dass Familien zum Teil über  
147 Jahre hinweg voneinander getrennt blieben und nicht zusammenleben durften. Auch  
148 für die Integration der Geflüchteten ist es wichtig, den Familiennachzug zu  
149 gewährleisten. Dafür wollen wir uns mit einer Bundesratsinitiative einsetzen.

150 Wir GRÜNE wollen ein modernes Einwanderungsgesetz mit der Möglichkeit, dass  
151 geduldete, gut integrierte Asylbewerber\*innen, die bereits einer Arbeit  
152 nachgehen, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten („Spurwechsel“).

153 Integration von Anfang an

154 Die große Integrationsleistung der rheinland-pfälzischen Kommunen sowie ganz  
155 besonders das großartige Engagement Tausender hauptamtlicher wie ehrenamtlicher  
156 Helfer\*innen tragen entscheidend zur Integration der Zugewanderten bei. Diese  
157 müssen in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Wir setzen uns dafür  
158 ein, dass die in den letzten Jahren in den Kommunen aufgebaute  
159 Integrationsinfrastruktur erhalten bleibt. Wir GRÜNE wollen ein kommunales  
160 Entwicklungsprogramm aufsetzen und die Integrationsarbeit der Kreise und  
161 Kreisfreien Städte gezielt fördern, damit sie die Integration vor Ort weiter  
162 voranbringen. Das Programm Integration fördern soll insbesondere die  
163 Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistung bei der Integration  
164 stärken, das heißt, eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten von der Kita  
165 über die Schule bis zum Betrieb und zum Jobcenter ermöglichen. Hierfür wollen  
166 wir kommunale Integrationszentren aufbauen.

167 Grüne Integrationspolitik bedeutet eine ganzheitliche Integrationspolitik, in  
168 der wir miteinander auf Augenhöhe leben. Für uns ist klar: Für eine gelingende  
169 Integration braucht es zusätzlich den Ausbau dauerhafter, staatlicher  
170 Strukturen. Mit einem Integrationsfördergesetz für Rheinland-Pfalz wollen wir  
171 ein gemeinsames Verständnis von Integration verbindlich formulieren, die  
172 Integration als Querschnittsaufgabe gesetzlich festschreiben und Strukturen  
173 schaffen, um Integration in Feldern wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur,  
174 Gesundheit, Sport und politischer Partizipation voranzubringen.

175 Rheinland-Pfalz soll zum Vorzeigeland für interkulturelle Öffnung werden. Wir  
176 GRÜNE wollen daher die interkulturelle Öffnung ressortübergreifend entwickeln  
177 und personell mit den erforderlichen Ressourcen unterlegen.

178 Wir möchten die Ausländerbehörden zu modernen, dienstleistungsorientierten,  
179 interkulturell kompetenten Zuwanderungsbehörden weiterentwickeln. Für die  
180 Entwicklung einer Willkommenskultur muss es dort eine engere Kooperation mit

181 anderen Ämtern wie Jugendamt, Sozialamt, Arbeitsagentur und  
182 Integrationsbeauftragten geben. Die aufenthaltsrechtliche Bearbeitung soll von  
183 anderen Fragestellungen getrennt behandelt werden, um einen fairen Umgang zu  
184 sichern.

185 Deutschkenntnisse sind die zentrale Voraussetzung für das Gelingen von  
186 Integration. Sie ermöglichen Zugewanderten nicht nur die Teilhabe an allen  
187 gesellschaftlichen Lebensbereichen, sondern sie ebnen auch den Weg in den  
188 Arbeitsmarkt. Um die landesgeförderten Deutschkurse noch besser aufzustellen,  
189 haben wir das Deutschkurs-System neu konzipiert. Deutschkurse werden auch für  
190 Menschen gefördert, die keinen Zugang zu bundesfinanzierten  
191 Integrationssprachkursen und Berufssprachkursen haben. Außerdem wurde der  
192 Kursumfang deutlich erweitert. Dies wollen wir fortführen und uns auf  
193 Bundesebene für eine bessere Bezahlung von Sprachlehrkräften einsetzen. Die  
194 kursbegleitende Kinderbetreuung muss fortgeführt werden, sowohl bei unseren  
195 landesgeförderten Deutschkursen als auch bei den vom Bund geförderten  
196 Erstorientierungskursen.

197 Wir wollen ein Zentrum für Sprachmittlung aufbauen, um die bereits bestehenden  
198 Dolmetscher- und Sprachmittlerdienste besser zu vernetzen und ein breites und  
199 stabiles Netzwerk von Sprachmittler-Angeboten in der Daseinsvorsorge  
200 (Gesundheit, psychosoziale Versorgung, Bildung und Erziehung) zu entwickeln.  
201 Dieses Zentrum soll eine Kompetenzstelle zur Beratung, Information und  
202 Weiterqualifizierung werden und Angebote für Online- und Video-Dolmetschen zur  
203 Verfügung stellen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Änderung des  
204 Sozialgesetzbuchs stark machen, damit Dolmetschende nicht nur während des  
205 Asylverfahrens bezahlt werden.

#### 206 Politische Mitbestimmung

207 Die gleichberechtigte politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in  
208 unserem Land, unabhängig von ihrer Nationalität, ist eine Grundvoraussetzung für  
209 eine funktionierende Demokratie. Menschen, die dauerhaft hier leben, sollten  
210 sich an unserer Demokratie beteiligen können. Für uns gehört zu der Frage, wer  
211 an unserer Demokratie mitwirkt, dass sich niemand zwischen verschiedenen  
212 Staatsangehörigkeiten entscheiden muss. Wir GRÜNE wollen den Zugang zur  
213 Staatsbürgerschaft deutlich erleichtern und die Mehrstaatlichkeit bei der  
214 Einbürgerung grundsätzlich ermöglichen. Gleichzeitig werben wir dafür, die  
215 Möglichkeiten für eine Einbürgerung zu nutzen und wollen die  
216 Einbürgerungskampagne der Landesregierung fortführen.

217 Wir wollen, dass kommunale Wahlrecht für alle, die in einer Kommune wohnen,  
218 unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Für EU-Bürger\*innen wollen wir das  
219 Wahlrecht bei Landtagswahlen. Die Beiräte für Migration und Integration tragen  
220 zum gesellschaftlichen Engagement und zur politischen Teilhabe von Menschen mit  
221 Migrationshintergrund bei und gehören damit zu wichtigen Akteur\*innen der  
222 lokalen Demokratie.

#### 223 Arbeitsmarktintegration

224 Die Integration von Migrant\*innen und Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung ist  
225 neben der Kenntnis der deutschen Sprache der entscheidende Schlüssel für eine  
226 nachhaltige Integration in unsere Gesellschaft. Außerdem ist es eine Chance für  
227 den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsstandort – nicht zuletzt vor dem

228 Hintergrund des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels. Bei den 2  
229 Mio. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz hat sich der Anteil der Migrant\*innen in  
230 den vergangenen Jahren auf 21 Prozent erhöht.

231 Wir wollen das Nachholen von Schulabschlüssen erleichtern und Personen ohne  
232 Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis das Recht auf Beschulung bis zum 25.  
233 Lebensjahr einräumen. Dadurch wollen wir insbesondere auch jungen Erwachsenen  
234 mit Zuwanderungsgeschichte Zugänge zu Ausbildung und qualifizierter  
235 Beschäftigung eröffnen, wenn sie aufgrund der Situation im Herkunftsland oder  
236 bedingt durch die Flucht keinen Schulabschluss erworben haben.

237 Immer mehr neu zugewanderte Menschen in Rheinland-Pfalz haben einen Job. Wir  
238 möchten auf den guten Ansätzen für die Integration von Flüchtlingen in den  
239 Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz aufbauen. Viele Geflüchtete, die bei uns Schutz  
240 und Frieden gesucht haben, möchten gerne hier arbeiten und sich eine neue  
241 Existenz aufbauen. Als Land, das auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen  
242 ist, müssen wir diese Chance nutzen und die Bedingungen am Arbeitsmarkt für  
243 Geflüchtete verbessern, indem wir bürokratische Hürden abbauen und Asylverfahren  
244 erleichtern.

245 Bei der Förderung der Arbeitsmarktintegration von Frauen gilt der Leitgedanke  
246 der eigenständigen Existenzsicherung. Projekte zur Förderung der  
247 Arbeitsmarktintegration und individuellen Begleitung der Frauen mit  
248 Migrationshintergrund wollen wir fortführen.

249 Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen

250 In Rheinland-Pfalz leben Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen und  
251 weltanschaulichen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist hier der Grundsatz der  
252 Gleichbehandlung selbstverständlich.

253 Vor diesem Hintergrund befürworten wir neben dem christlichen und jüdischen  
254 Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen Religionsunterrichts mit den  
255 richtigen Partner\*innen, um die Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften zu  
256 erreichen. Zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht muss es zudem  
257 gleichwertige Alternativen geben, damit Schüler\*innen und Eltern eine Wahl  
258 haben. Perspektivisch wollen wir ermöglichen, dass alle Schüler\*innen im  
259 gemeinsamen Unterricht sowohl religionskundliche als auch ethische Inhalte  
260 lernen und diskutieren können.

261 Wir bekennen uns zur Trennung von Religion und Staat und zur Religionsfreiheit.  
262 Auch in der Verfassung und in den Gesetzen des Landes wollen wir den Grundsatz  
263 der religiösen und weltanschaulichen Neutralität umsetzen. Religionsfreiheit  
264 bedeutet nach seinen selbstgewählten Glaubensüberzeugungen frei leben und  
265 handeln zu können. Das inkludiert auch die Gleichstellung aller Religionen in  
266 den Bestattungsriten.

267 Wir GRÜNE setzen uns ein für eine länderübergreifende Regelung zur finanziellen  
268 Entflechtung von Staat und Kirchen. Dementsprechend stehen wir  
269 bundeseinheitlichen Initiativen zur Ablösung der Staatsleistungen an Kirchen  
270 offen gegenüber. Die Einspruchsmöglichkeiten der Kirche bei der Verleihung  
271 akademischer Grade und bei der Besetzung nicht theologischer Professuren wollen  
272 wir abschaffen. Tanzverbote an religiösen Feiertagen wollen wir aufheben und die  
273 Regelungen des Feiertagsgesetzes darauf konzentrieren, religiöse Veranstaltungen  
274 vor Störungen wie Lärm zu schützen. Das gilt auch für Veranstaltungen an anderen

275 anerkannten Gedenktagen mit ernstem Charakter – wie etwa das Gedenken an die  
276 Opfer der NS-Verbrechen.

277 Gerade in Rheinland-Pfalz sind Kirchen und ihre Einrichtungen in vielen Regionen  
278 und für viele Berufsfelder bedeutende Arbeitgeberinnen. Den Ausschluss von  
279 Arbeitnehmer\*innen aus diesen Berufsfeldern, weil sie etwa geschieden sind oder  
280 einer anderen religiösen oder weltanschaulichen Orientierung angehören, lehnen  
281 wir ab. Diese Sonderregelungen führen zu erheblichen Beschränkungen beim Zugang  
282 zu Arbeit und Beschäftigung. Daher fordern wir die Änderung des kirchlichen  
283 Arbeitsrechts.